

## Nachrichten



## Den Düdenbüttlern stinkt es Schweinemaststall: Landkreis Stade hat Einvernehmen der Gemeinde ersetzt - Rat legt Widerspruch ein

DÜDENBÜTTEL. "Wir Menschen hier interessieren doch gar nicht!" Hans Tiedemann spricht den 35 Zuhörern der Düdenbüttler Ratssitzung aus der Seele. Es geht um den riesigen Schweinemaststall, den im Ort keiner will, weil den Dörflern schon die bestehende Anlage von Landwirt und Antragsteller Jürgen Wilkens stinkt. Sie werde Kreisbaurat Hans-Hermann Bode in ihren Garten einladen, sagt eine junge

Frau. Dann könne er selbst mal erleben, wie schrecklich es sei, wenn der Landwirt die Lüftungskappen öffne; könne sich erzählen lassen, wie Bewohner nachts die Fenster schließen müssen, der Kindergarten auch tagsüber die Kinder reinholen muss, wie sich eine Hauptbetroffene wie Susanne Fath fühlt, deren Haus 30 Prozent an Wert verloren hat, welche enormen Nitrat- und Phosphat-Werte ein Chemie-Fachmann im Grundwasser gemessen hat.

Die Düdenbüttler, das wird in der für eine Bürgerdiskussion unterbrochenen Ratssitzung am Mittwochabend deutlich, finden es vollkommen unverständlich, dass der Landkreis im Genehmigungsverfahren des Mastschweineestalles für 6240 Schweine nach Aktenlage im Kreishaus entscheidet. Dort am grünen Tisch ist das Einvernehmen der Gemeinde ersetzt worden, die auch das dreimal nachgebesserte Erschließungsangebot des Landwirts für ein Teilstück des Wirtschaftsweges "Auf den Bleeken" als unzureichend abgelehnt hatte.

An diesem Abend muss der Gemeinderat um Bürgermeister Heinz Mügge entscheiden, ob er Widerspruch einlegt. Er tut es - das Votum fällt einstimmig. Die Begründung ist zwei Seiten lang und im Juristen-Jargon abgefasst. "Befindlichkeiten" (wie von den Bürgern genannte) haben wenig Gewicht im rechtsstaatlichen Verfahren. Aber sie sollten durchaus genannt werden, findet Mügge und fordert die Einwohner auf, weiterhin Eingaben an den Landkreis zu machen.

Detlef Jarnot, Sprecher der Bürgerinitiative Nidhas, erfährt erst an diesem Abend, dass der Anwalt der Initiative keine Einsicht in Akten erhält, weil die Gegenseite ihm das verwehrt. Ursprünglich hatte man kein Feindbild aufbauen wollen, auch mit Wilkens reden wollen. Aber das war nie möglich. Und jetzt ist das Klima doch vergiftet. Was solle man von einem Landwirt halten, sagt Jarnot, der Auflagen erst erfülle, wenn man Missstände anprangere und der beim neuen Bauantrag permanent nachbessern müsse? Der sich im Papierkrieg des Genehmigungsverfahrens viel Zeit lässt und nur stückweise Zugeständnisse macht? Wilkens, der bereits Ställe für 5505 Mastschweine, Sauen und Ferkel betreibt, steht am Pranger. Kein Zuhörer hat je für ihn Partei ergriffen. Dennoch dürfte das Verfahren auf eine Baugenehmigung hinauslaufen. Dann müsse die Gemeinde gut überlegen, ob sie Rechtsmittel einlege, sagt Mügge. Denn dann geht es auch um etwaige Regressansprüche nach verlorenen Verfahren.

### (je) Chronik des Abwehrkampfes der Gemeinde

- Gemeinde erfährt vom Bauantrag an den Kreis am 12. 1. 2007.
- Der Gemeinderat formuliert am 8. 2. 2007 das Ziel, Schaden von der Bevölkerung/Gemeinde abzuwenden. Es gilt bis heute.
- Die Samtgemeinde Himmelpforten beschließt die F-Planänderung am 6. 3. 2007. Es ist der Versuch, gezielt „Sondergebiete Intensivtierhaltung“ auszuweisen.
- Das Baugesuch des Landwirts wird erfolgreich zurückgestellt (Gewinn zweier Prozesse).
- Bürgeranhörung am 7. 10. 2008.
- SG-Entscheidung im Dezember 2008: F-Plan-Änderung wird zurückgestellt, da nur Flächen in Düdenbüttel ausgewiesen sind. Andere Mitgliedsgemeinden zogen nicht mit.
- 9. 6. 2009 Erörterungstermin zum Bauantrag im Kreishaus mit vielen Einwendungen der Bürger.
- August 2009: Nachfrage des Vorhabenträgers bei Gemeinde: Welche Forderung hat die Gemeinde?  
Antwort: Es ist ein Erschließungsangebot zu unterbreiten.
- 30. 10. 2009 Landvolkverband erklärt: Straße ist ausreichend.
- Am 9. 3. 2010 erstes Erschließungsangebot. 20. 8. 2010 erste Nachbesserung. 12. 11. 2010 zweite Nachbesserung. 23. 3. 2011 dritte Nachbesserung.
- Forderung nach naturschutzrechtlicher Bewertung der Eingriffe beim Wegeausbau.
- 15. Mai 2011: Landkreis gibt Umweltverträglichkeitsgutachten beim Tüv-Nord in Auftrag.

- 16. 7. 2011: Kreis ersetzt das Einvernehmen der Gemeinde.
- 10. August 2011: Der Rat entscheidet sich für einen Widerspruch. (je)

12.08.2011

 **Artikel drucken**

**Fenster schließen**

© **Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG**